

Sitzung vom 27. April 1994

1215. Anfrage (Mittelfristige Neuorientierung der Drogenpolitik)

Kantonsrat Dr. Ulrich E. Gut, Küsnacht, hat am 7. Februar 1994 folgende Anfrage eingereicht:

Die Drogenpolitik wurde bisher in der Schweiz und im Kanton Zürich durch das Vorurteil beeinflusst, eine Strategie der kontrollierten Abgabe von harten Drogen würde die Schweiz international isolieren und insbesondere Zürich zu einem Drogenzentrum Europas machen. Das zehnte Ministertreffen der aus 25 Staaten bestehenden «Pompidou-Gruppe» zur Bekämpfung des Missbrauchs und des Handels mit Drogen, das kürzlich in Strassburg stattfand, ermöglicht eine Neu Beurteilung der mittelfristigen Möglichkeiten. Insbesondere ist aus der Berichterstattung über dieses Treffen festzuhalten:

- Der Generalsekretär von Interpol, Raymond Kendall, sprach sich einerseits für eine Verstärkung der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Drogenhandel aus, setzte sich jedoch andererseits für eine Entkriminalisierung der Drogensüchtigen ein. Kendall betonte, dass die von mehreren Ländern immer noch ausgeübte Repressionspolitik gegenüber Abhängigen aus polizeilicher Sicht ein völliger Fehlschlag sei. (Schweizerische Depe-schenagentur am 3. Februar 1994)
- Nicht einmal im Gefängnis könne der Staat auch nur annähernd den Drogenkonsum verhindern (Kendall, zitiert nach «NZZ» vom 5./6. Februar 1994).
- Politiker wollten gegenüber ihren Wählern kurzfristige Ergebnisse vorweisen und setzten deshalb lieber mehr Polizei ein, um das Problem auf den Strassen weniger sichtbar zu machen (Kendall, «NZZ» a.a.O.).
- Die Schweiz, vertreten durch Bundesrätin Ruth Dreifuss, sei am Ministertreffen der Pompidou-Gruppe «europäisch nicht isoliert» gewesen («NZZ», a.a.O.).
- Sabine Bergmann-Pohl, Staatssekretärin im deutschen Gesundheitsministerium, habe gesagt, sie sei an den Ergebnissen der Heroin-Abgabeversuche in der Schweiz sehr interessiert («NZZ», a.a.O.).

Ich frage den Regierungsrat:

1. Lässt er sich durch die Bundesbehörden über dieses Treffen der Pompidou-Gruppe und seine Folgen informieren?
2. Treffen die oben zitierten Informationen zu?
3. Ist er bereit, sie in seine strategischen Überlegungen und Konzepte einzubeziehen - vor allem für den wahrscheinlichen Fall, dass Rückführungs- und Vertreibungsmassnahmen, Polizeiverstärkung und neue Gefängnisbauten weder die öffentliche Sicherheit noch die Lage der Süchtigen nachhaltig verbessern?

Auf Antrag der Direktion der Fürsorge

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Dr. Ulrich E. Gut, Küsnacht, wird wie folgt beantwortet:

1. Die nach dem damaligen Präsidenten Frankreichs benannte «Groupe Pompidou» des Europarates wurde 1971 gegründet und stützt sich auf ein Teilabkommen des Europarates «zur Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und des illegalen Handels mit Drogen». Die Schweiz ist dem Abkommen am 1. Juli 1985 beigetreten. Der Gruppe gehören heute 25 west- und mitteleuropäische Staaten an.

Ziel dieser Gruppe ist es, die Probleme des Drogenmissbrauchs und des gesetzwidrigen Verkehrs mit Betäubungsmitteln aus multidisziplinärer Sicht zu untersuchen. Die Arbeitsmethoden umfassen regelmässige, rund alle zwei Jahre stattfindende Ministertreffen, in welchen das Arbeitsprogramm festgelegt wird. Jeder Staat bestimmt einen «Correspondant permanent». Diese treffen sich zweimal im Jahr und sind mit der Ausführung des Arbeitsprogramms sowie mit der Vorbereitung des folgenden Ministertreffens betraut. In der Schweiz wird der «Correspondant permanent» aufgrund eines Mandats des Bundesrates vom Bundesamt für Gesundheitswesen bestimmt.

Im Rahmen der «Groupe Pompidou» sind verschiedene Arbeitsgruppen und Expertenausschüsse tätig. Der schweizerischen Vertretung in der «Koordinationsgruppe der Drogenkontrolldienste europäischer Flughäfen» gehört auch ein Mitarbeiter der Kantonspolizei Zürich, Flughafenpolizei, an.

2. Anlässlich des zehnten Ministertreffens der «Groupe Pompidou» vom 3. Februar 1994 in Strassburg wurde für die Zeitperiode bis 1997 ein Grundsatz- und Arbeitsprogramm über Themen in der Drogenarbeit verabschiedet, welche vertieft bearbeitet werden sollen oder wo eine intensivere supranationale Zusammenarbeit angestrebt wird.

Die Schweizerische Depeschagentur berichtete mit Bulletin vom gleichen Tag über das Ministertreffen. Die in der Anfrage erwähnten Zitate aus Artikeln des «Tages-Anzeigers» und der «Neuen Zürcher Zeitung» dürften sich zumindest teilweise auf dieses Bulletin abstützen. Sie beziehen sich vorwiegend auf Äusserungen des Generalsekretärs der Interpol, Raymond Kendall, und von Sabine Bergmann-Pohl, Staatssekretärin im deutschen Gesundheitsministerium. Dabei handelt es sich um die Stellungnahmen einzelner Beteiligter, nicht aber um ein vorweggenommenes Ergebnis der bis 1997 vorzunehmenden Arbeit. Beim Zitat, die Schweiz, vertreten durch Bundesrätin Ruth Dreifuss, sei am Ministertreffen der Pompidou-Gruppe europäisch nicht isoliert gewesen, handelt es sich um die Meinung der «Neuen Zürcher Zeitung».

3. Der Regierungsrat verfolgt die internationale Entwicklung aufmerksam und lässt Ergebnisse und Schlussfolgerungen solcher Gremien in seine Überlegungen zur Bekämpfung der Drogenabhängigkeit einfliessen. Er arbeitet diesbezüglich mit dem Bund zusammen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Fürsorge.

Zürich, den 27. April 1994

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Roggwiller